

# Gut und doch nicht gut genug

Die Handelskammer ruft die Regierung zu mehr „politischer Courage“ bei der Haushaltspolitik auf

Unterschiedlicher könnten die Gutachten der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter nicht ausfallen. Vor ein paar Tagen hatte die Chambre des salariés gemeint, die Regierung schieße beim Budget 2015 und dem einhergehenden Sparpaket „völlig übers Ziel hinaus“. Die Handelskammer befindet die Ansätze hingegen für „gut, wenn auch nicht ehrgeizig genug“.

Die entgegengesetzten Auffassungen rühren zum Teil daher, dass beide Berufskammern die Ausgangslage anders einstufen. „Der Wirtschaft geht es immer noch nicht gut. Das Vertrauen der Unternehmen in die Zukunft ist weiterhin angeknackst. Und es reicht auch nicht, den Haushalten mehr Geld zu geben, damit sie mehr konsumieren. So funktioniert die Wirtschaft in einem kleinen und auf Importe angewiesenen Land nicht“, gibt der Generaldirektor der Handelskammer, Carlo Thelen, zu bedenken.

Daraus schließt die Chambre de Commerce denn auch: Luxemburg muss umdenken, an Einsparungen und strukturellen Änderungen

kommt das Land nicht vorbei. „Auf einen Konjunkturaufschwung, um den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bekommen, sollte man nicht zählen“, so die unverhohlene Botschaft an die Regierung.

Während Blau-Rot-Grün in den Umfragen an Vertrauen einbüßt und für die Sparmaßnahmen nur mäßige Akzeptanz in der Bevölkerung bekommt, drängt die Handelskammer auf stärkere Reformen. Erste Schritte bei den Familienleistungen, wie die Abschaffung des Erziehungsgeldes und der Mutterschaftszulage, befindet die Berufskammer für gut. Allerdings: „Da ist noch mehr drin“, sagt Carlo Thelen und wünscht sich „mehr politische Courage“ für strukturelle Änderungen. Wenn es schon zu einer Neuausrichtung der Familienleistungen kommt, dann sollte man die Frage aufwerfen, wie es um die „Mammerent“ bestellt ist, meint der Generaldirektor weiter. Die Handelskammer hat denn auch eine graduelle Abschaffung der Zulage ausgerechnet: Bis 2018 könnte der Staat weitere 59 Millionen Euro einsparen.



Generaldirektor Carlo Thelen verlangt mehr.

(FOTO: GERRY HUBERTY)

Nun hatte die Regierung ihre Maßnahmen bis zum Ende der Legislaturperiode auf rund eine Milliarde Euro chiffriert. Die eine Hälfte der Finanzmittel sind auf die TVA-Erhöhung und die neue 0,5-Prozent-Abgabe für Familienleistungen zurückzuführen. Das Zukunftspaket und seine Einsparungen machen die andere Hälfte aus. Aus Sicht der Chambre de Commerce wird Luxemburg aber nur nachhaltige gesunde Staatsfinan-

zen aufweisen können, wenn die Ausgaben und Prioritäten besser gebündelt werden. Immer wieder an der Steuerschraube zu drehen, ist für die Arbeitgebervertreter keine Lösung.

## Weiteres Sparpotenzial

Der Chambre de commerce geht es um mehr Effizienz und um Planungssicherheit für den Standort. Gefordert wird eine Haushaltsplanung nach prioritären Zielen, so-

wie ein dickeres finanzielles Polster im Hinblick auf die demografische Entwicklung. „Wenn wir die Kosten im Pflegebereich und in der Sozialversicherung mittelfristig meistern wollen, dann sollte das strukturelle Saldo nicht bei 0,5 Prozent, sondern eher bei 1,3 Prozent liegen“, erklärt Thelen.

Als zusätzliches Sparpotenzial bis 2018 nennt die Chambre de Commerce u. a. die Neueinstellungen beim Staat einzuschränken (139 Millionen Euro), die Jahresendprämie der Rentner abzuschaffen (80 Millionen Euro) oder auch noch die Grundsteuer zu verdreifachen (64 Millionen Euro). Zusammen mit der Abschaffung respektive mit möglichen Einschränkungen von Steuerfreibeträgen kommt die Berufskammer auf weitere 563 Millionen Euro für die Staatskasse.

Mit ihren Erwartungen haben die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter letztlich doch etwas gemeinsam – sie vertreten zwar entgegengesetzte Positionen, aber beide setzen die Regierung damit mächtig unter Druck. (BB)